

Mehrdimensionale Kommunikation als Demokratiebedingung

Volker von Prittwitz

Text zum Vortrag im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
15. Dezember 2005

Überblick

- Demokratiebegriff
- Demokratiebedingungen
- Kommunikationstheoretischer Ansatz: Ein- und mehrdimensionale Kommunikation
- Mehrdimensionale Kommunikation als Demokratiebedingung
- Schlussfolgerungen

1. Demokratiebegriff

Dem seit den 1990er Jahren geführten Deliberationsdiskurs zufolge besteht Demokratie primär in der gründlich reflektierenden Auseinandersetzung und Beratung über politische Fragen. Die Fähigkeit zu sachlicher Argumentation und kommunikativem Handeln konstituiert demnach vitale Demokratie vorrangig gegenüber formellen Institutionalisierungen. Dabei bilden Sachkommunikation und Reflexion quasi eine Brücke zwischen normativen Partizipationsanforderungen kritischer Öffentlichkeit und sozialer Steuerungsfähigkeit (Offe/Preuß 1991; Habermas 1992; Dryzek 2000; Goodin 2003; Buchstein 2004).

Anschließend an diesem Diskurs und der Kritik mehrheitsdemokratischer Entscheidungsverfahren durch Rational-Choice-Analysen (Arrow 1951; Riker 1982; Scharpf 2000) kreist die aktuelle demokratietheoretische Diskussion um die Stichworte *Rationalität*, *Outputorientierung* und *Postdemokratie*. Im Mittelpunkt stehen hierbei zum einen outputseitige (*rationalistische*) Demokratieinterpretationen. Entscheidungslegitimation wird dabei nicht mehr inputseitig von der Zustimmung der Regierten abgeleitet, sondern davon, dass effektive Programme dem Allgemeinwohl dienen und dem Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit genügen. *In Bezug auf kollektiv verbindliche Entscheidungen haben dabei demokratische Verfahren nur instrumentelle Bedeutung. Sie sind nützlich, wenn und insofern Mehrheitsentscheidungen oder demokratisch kontrollierte hierarchische Entscheidungen geeignet sind, allgemeingehobene Politik hervorzubringen* (Scharpf 2000: 255/256). Da die Beurteilung von Outputqualität in diesem Sinne nur von Expertennetzen geleistet werden kann, läuft dieses Denken zunächst auf die Legitimation expertokratischer, insbesondere epistemisch-neokorporatistischer Governanceformen hinaus, eine wenig dramatisch erscheinende Schlussfolgerung, da Experteneinfluss von jeher zu funktionierenden Regierungssystemen gehört. In der weiteren Konsequenz allerdings erscheint damit auch die völlige Abkehr von allen inputseitigen normativen Demokratieanforderungen möglich, wie Hubertus Buchstein deutlich macht: *Diese Output-Legitimation hat kaum mehr etwas mit Demokratie, wie sie traditionell verstanden wurde, zu tun. Der bisherige semantische Kern des Demokratiebegriffs war die Input-Legitimation, das*

heißt, die Identität von Autoren und Adressaten der Gesetzgebung. Die Umstellung des Demokratiebegriffs auf die Output-Legitimation eröffnet die Möglichkeit, im Namen der Demokratie gegebenenfalls funktionale Äquivalente zum partizipatorischen Legitimationsmodus zu vertreten und damit Staatsformen, die aus traditioneller Sicht als diktatorisch, aristokratisch oder technokratisch bezeichnet wurden, zu den Demokratien zu rechnen (Buchstein 2004: 60).

Unter dem Stichwort *Postdemokratie* ist die Rücknahme des demokratischen Partizipationsgebotes – in zunächst kritischer Konnotation – als Realtendenz festgestellt und festgeschrieben worden. Demnach ist Demokratie in den modernen westlichen Systemen zu einem formalen und praktisch folgenlosen Verfahren verkümmert. Da der Machtkreislauf in modernen politischen Systemen eine Verkehrung erfahren und nun über das Mediensystem und ein komplexes System vermachteter Institutionen von oben nach unten verläuft, wäre es angemessener, für moderne westliche Systeme den Begriff *liberale Oligarchien* zu verwenden. Wir leben in der Epoche der Postdemokratie (Zolo 1998). Weitere stützende Argumente der Postdemokratiethese in diesem Sinne ergeben sich aus prekären Ergebnissen des Zusammenhangs zwischen ausländischen Investitionen, Senkung der Handelsschranken und Demokratiestabilität sowie der größeren äußeren Aggressivität verkümmert Demokratien (Li/Reuveny 2003; Teusch/Kahl 2001, Buchstein 2004).

Dafür, dass der Begriff *Postdemokratie* inzwischen über die sozialwissenschaftliche Diskussion hinaus rezipiert und dabei zu einem diffusen, normativ eher antidemokratischen Szenekürzel geworden ist, sprechen aktuelle Anmerkungen im Internet wie: *Liebe Alle, ...wurde des öfteren im Plenum von einem postdemokratischen Modell gesprochen. Auf meine kritische Nachfrage, was denn unter Postdemokratie genau zu verstehen sei, erhielt ich nur den Hinweis, dass die Antwort darauf zweitrangig sei: Wichtig wäre es, dass man das Neue endlich mal durch einen entsprechend sexy Begriff würdige* (Stefan Lutschinger/netznetz.net Postdemokratie: ein Nach-Ruf, 27.10.05).

Wer sich heute mit dem Anspruch sozialwissenschaftlicher Forschungsorientierung auf Demokratie bezieht, kommt angesichts dieser weit gespannten, aktuellen Debatte nicht um eine Explikation und Begründung seines Demokratiebegriffs herum. Meine Position hierzu entwickle ich aus der Tradition der komparatistischen politischen Systemforschung (Almond et al. 2000; Fuchs/Klingemann/Fuchs 2001, Merkel 2004). Demnach können zwar inputseitige Operationen wie Inklusion, Partizipation oder die Sicherung von Freiheitsrechten, die ja auch Kosten erzeugen, Steuerungsausgaben zur Bewältigung öffentlicher Aufgaben nach Effizienzgesichtspunkten gegenüber gestellt werden. Die höchste Steuerungseffizienz hat demnach ein System mit maximaler Steuerungswirkung und minimalem Steuerungsaufwand. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass nicht nur äußere Steuerungsausgaben Leistungen politischer Systeme darstellen, sondern auch Bewältigungsformen immanenter Anforderungen des Steuerungsprozesses respektive der Systemreproduktion. So bildet beispielsweise die Einbeziehung der Gesamtbevölkerung (Männer, Frauen, zunehmend auch Jugendliche, Migranten) in den Legitimations- und Kontrollprozess durch die gesicherte Durchführung allgemeiner, unmittelbarer, gleicher, freier Wahlen ein übliches Evaluationskriterium demokratischer *Performanz*.

Die Gewichtung zwischen Output- und Inputleistungen in diesem Sinne kann zwar im Längsschnitts- und Querschnittsvergleich erheblich variieren. So tendieren Betroffene und Beobachter entsprechend dem Grenznutzentheorem dazu, Anforderungen besonders hoch zu bewerten, die gerade am wenigsten erfüllt werden, ein Zusammenhang, der auch in der Postmaterialismus-Diskussion und der sich daran anschließenden neueren komparatistischen Werteforschung thematisiert worden ist (Inglehart 1977, 1999, Welzel 2002 u.a.). In jedem Fall hat aber die vergleichende Systemanalyse beide Gesichtspunkte im Auge zu behalten. Demnach erscheinen mir ausschließlich outputorientierte (*rationalistische*)

Beurteilungsansätze, nach denen politische Systemleistungen allein anhand bestimmter äußerer Steuerungskriterien beurteilt werden, weit weniger vernünftig, als sie vorgeben.

Diese Problematik spitzt sich zu, wenn Demokratie, wie skizziert, outputbezogen undefiniert wird:

- Forschungsstrategisch führt eine outputbezogene Umdefinition von Demokratie dazu, Steuerungsleistungen von Demokratien nicht mehr ergebnisoffen erfassen und bewerten zu können, da diese ja bereits als leistungsfähige Steuerungssysteme definiert sind. Das interessierende Untersuchungsfeld des empirischen Leistungsvergleichs politischer Systeme wird also geschlossen – ein kontraproduktiver Effekt.
- Normativ lässt eine rein outputbezogene Demokratiedefinition zivilgesellschaftlich-demokratische Performanzformen wie allgemeine Inklusion, Partizipation, Freiheitssicherung oder Deliberation unberücksichtigt und stellt diese damit praktisch zur Disposition. Eine ausschließlich an Outputs orientierte Demokratiedefinition öffnet, je nach der Interpretation gerade für notwendig erachteter Steuerungsanforderungen, sogar die Tür für vollständige Uminterpretationen von Demokratie bis hin zu totalitären Strukturen und grenzenloser Gewaltanwendung – eine Option, die in der aktuellen Uminterpretation des Folterbegriffs durch die US-amerikanische Regierung (im Zeichen notwendiger Steuerungsanstrengungen gegenüber dem globalen Terrorismus) aufscheint.

Angesichts dessen und demgegenüber sollte meines Erachtens Demokratie eindeutig inputdefiniert verstanden werden. Als Formen von Demokratie (Volksherrschaft) sollten also nur politische Systeme betrachtet werden, die a) Volkssouveränität beanspruchen (im Gegensatz zu erklärten Autokratien), b) durch gesicherte institutionelle Kompetenzverteilung und praktische Willensbildungsformen den Anspruch dieser Volkssouveränität in ausreichendem Maße einholen (im Gegensatz zu autoritären und totalitären Systemen). Hierbei können, je nach demokratietheoretischer Ausrichtung, unterschiedliche Performanzkriterien zugrunde gelegt werden. Ich rechne hierzu allgemeine Inklusion, Liberalität, Partizipationsmöglichkeiten und Öffentlichkeit.

Auch nach diesen Kriterien fällt die Abschätzung demokratischer Performanz unter den OECD-Ländern deutlich ungünstiger aus als nach dem offiziös transportierten Selbstbild dieser Staaten. Insbesondere die führenden europäischen Flächenländer, so Deutschland, Frankreich und Großbritannien, und die europäischen Ministaaten (Monaco etc.) weisen charakteristische Demokratiedefizite auf. Anders als nach der globalen Postdemokratieaussage ergibt sich aber relativ hohe demokratische Performanz in einer Reihe von OECD-Ländern mittlerer Kleinheit, so vor allem den nordischen Ländern (Prittitz 2005). Und weltweit kann die Ausweitung essentieller demokratischer Willensbildungsstrukturen als belegt gelten (Freedom House 2004; Welzel 2002).

2. Demokratiebedingungen

Seit den Vergleichsstudien funktionalistischer Modernisierungstheoretiker (Lipset 1960) und Almond/Verba's Civic-Culture-Ansatz (1963) ist die politikwissenschaftliche Vergleichsanalyse von Demokratiebedingungen vital geblieben. Dabei stehen neben der Fortsetzung des Political-Culture-Ansatzes (Westle 2002) Formen der vergleichenden Wertanalyse (Inglehart 1977/1999, Klages 1984, Duncker 2001; Welzel 2001), die Ressourcenverteilung fokussierende Indizes (Vanhanen 1999; Przeworski et al. 1996) und multivariate Ansätze unter Betonung ökonomischer Variablen, Wertorientierungsvariablen und institutioneller Variablen (Welzel 2002) im Mittelpunkt. Ergänzt durch transitionstheoretische Arbeiten unter Einschluss von Rational-Choice-Analysen (Huntington 1991, Merkel/Puhle 1999) ergibt sich so ein weites Spektrum von Erklärungsbedingungen der

Entstehung respektive Reproduktion von Demokratie. Zudem liegen empirisch fundierte Aussagen über die relative Bedeutung einzelner Demokratisierungsbedingungen vor (Welzel 2002, Schmidt 2000), so dass sich der Eindruck einer bereits recht vollständigen Ausleuchtung des Fragekomplexes ergibt.

Im folgenden möchte ich zeigen, dass es entgegen diesem Eindruck relevante Demokratisierungsbedingungen gibt, die bislang nicht Gegenstand der systematisch-vergleichenden Demokratisierungsforschung geworden sind: Interaktionsorientierungen und mit diesen korrespondierende Kommunikationsmuster. Hierzu stelle ich zunächst den kommunikationstheoretischen Ansatz der ein- und mehrdimensionalen Kommunikation vor und skizziere dann einige Hypothesen zum Zusammenhang zwischen Kommunikationsmustern und Demokratie. Mit dem Text möchte ich auch zur Diskussion über die Entwicklung und Erhaltung von Zivilgesellschaften beitragen.

3. Kommunikationstheoretischer Ansatz: Ein- und mehrdimensionale Kommunikation

In Abgrenzung von systemtheoretischen Kommunikationskonzepten (Baecker 2005) lässt sich Kommunikation als Verständigung rationaler Akteure fassen. Diese kann durch relativ einfache, nachahmende, oft unwillkürlich geäußerte (analoge) und/oder relativ komplexe, systematisch differenzierte, meist bewusst gehandhabte (digitale) Zeichensysteme vermittelt sein. Kommunikation in diesem Sinne ist Teil akteurgetragener Interaktion und korrespondiert mit den gegenseitigen Interaktionsorientierungen der Beteiligten (Sebenius 1987; Scharpf 1992, 2000; Prittwitz 1994, 1996, 2006 i.E.). Pragmatisch ergeben sich zumindest drei allgemeine Kommunikationsdimensionen, die Beziehungsdimension, die Sachdimension und die reflexive Dimension:

- **Beziehungskommunikation:** Kommunikation über die gegenseitige Beziehungsauffassung unter Fragen wie *In welcher Beziehung stehe ich zu Dir/Euch? In welcher Beziehung steht Ihr zu mir?* Beziehungskommunikation wird, jeweils situativ vermittelt, durch Interaktionsorientierungen wie egozentrisch, ich-orientiert-indifferent, kompetitiv, feindlich, altruistisch, freund-feind-orientiert, autoritätsfixiert, vertrauensvoll, wir-orientiert-respektvoll geprägt, kann aber auch ihrerseits Interaktionsorientierungen beeinflussen. In Beziehungsauffassungen und dadurch geprägte Beziehungskommunikation gehen nicht nur persönliche Beziehungsempfindungen, sondern auch Annahmen über kognitive Orientierungen, Wertorientierungen oder Interessen der Beteiligten ein. Dominierende Verständigungsmittel: analog.
- **Sachkommunikation:** Kommunikation über sachliche Fragen, dabei auch sachlich ableitbare normative Schlüsse, zum Beispiel *Was ist? Was war? Was wird voraussichtlich sein, was droht? Was ist wahr, was nicht? Warum ist etwas, wird etwas sein. Warum sollte etwas geschehen?* Dominierende Verständigungsmittel: digital.
- **Reflexive Kommunikation:** Eine logisch gesonderte Form der Sachkommunikation, nämlich Kommunikation über die Kommunikation ersten bis n-ten Grades, anhand von Fragen wie *Worüber kommunizieren wir? Wie kommunizieren wir? Worüber/wie sollten wir kommunizieren?* Dominierende Verständigungsmittel: digital.

Kommunikationsakte lassen sich in diesen Dimensionen sowie der anfangs angeführten syntaktischen Kommunikationsdimension (Analoge und digitale Verständigungsmedien) jeweils gesondert analysieren. Erfasst werden können Kommunikationsformen aber auch in mehrdimensionaler Sicht, wobei Beziehungen zwischen den dimensional erfassten Kommunikationselementen einbezogen werden. Ein weit über die Psychotherapie hinaus bekannt gewordenes, mit Schizophrenie assoziiertes, Verbindungsmuster zwischen

unterschiedlichen Kommunikationstypen ist die sogenannte Doppelbindung (*double-bind*) (Bateson, Haley, Jackson, Weakland 1956; Beavon, Jackson, Watzlawick 1967). Angeregt durch die Kommunikationsüberlegungen von Beavon/Jackson/Watzlawick (1967) und im besonderen durch die double-bind-These habe ich 1996 allgemeine Überlegungen zur Unterscheidung ein- und mehrdimensionaler Kommunikation vorgelegt (Prittwitz 1996a, b). Demnach vollzieht sich jede Form von Kommunikation, die ja immer soziale Interaktion ist, zumindest immer auch als Beziehungskommunikation zwischen den Beteiligten, dies zumindest dadurch, dass sich die Beteiligten ihre Anerkennung als Kommunikationspartner positiv oder negativ ausdrücken. Als beteiligt wahrgenommen werden können dabei einzelne Personen, aber auch Mesoakteure (Organisationen etc.) und sogar, etwa bei öffentlicher Kommunikation, anonyme Akteure.

In ihrer Beziehungskommunikation verständigen sich die Beteiligten nicht nur über ihre gegenseitigen Beziehungsinterpretationen; Beziehungskommunikation entscheidet auch darüber, ob anders dimensionale Kommunikationsformen, so Sachkommunikation, reflexive Kommunikation, ästhetische Kommunikation oder ähnliches relativ eigenständig stattfinden können oder nicht: Bei ausschließlich beziehungsorientierter Kommunikation oder aber, wenn sachkommunikative Formen Beziehungsanforderungen strikt untergeordnet werden, handelt es sich um eindimensionale Kommunikation. Stark asymmetrische soziale Orientierungen, so Egozentrik, Autoritätsfixierung oder Freund-Feind-Orientierung, führen leicht zu eindimensionaler Kommunikation. Beispiel: Kommunikation nach dem Muster: *Die Autorität hat immer Recht*. Hierbei werden Ansätze von Sachkommunikation oder reflexiver Kommunikation der Beziehungskommunikation strikt untergeordnet. Und auch syntaktische Muster werden lediglich als Mittel aufgefasst, die Überlegenheit der jeweiligen Autorität auszudrücken.

Wird eindimensionale Kommunikation in der syntaktischen Dimension überhöht, kann dies zu Formen gesteigerter, aber auch modifizierter Eindimensionalität führen – siehe etwa Riefenstahls Hitler-Filme, in denen eine strikt führerorientierte Ästhetik entfaltet wird, der einige Beobachtern eine gewisse Eigenständigkeit zusprechen. In dieser Konsequenz sind auch komplexere Formen eindimensionaler Kommunikation möglich. Ein Beispiel hierfür ist Konversation, deren Inhalte und Verlauf strikt der Anforderung untergeordnet werden, das Gespräch aufrecht zu erhalten (Kommunikative Reproduktion der bestehenden Beziehungen zwischen den Beteiligten), wozu zumindest von einer Seite nicht ohne weiteres erkennbare strategische Mittel eingesetzt werden, so Bestätigungsroutrinen face-keeping-Techniken oder sogar kleine Scherze.

Wird demgegenüber eigenständig auch in anderen Dimensionen kommuniziert, so der Sach-, Reflexions- oder ästhetischen Dimension, ergeben sich mehrdimensionale, zumindest zweidimensionale Kommunikationsformen. Dabei wird vermischt oder kombiniert in der Beziehungsdimension (meist analog) und in anderen Dimensionen (meist digital) kommuniziert. Anders als eindimensionale Kommunikation, in der immer nur bestehende Beziehungsinterpretationen und mit ihnen Wert- und Interessenkonstellationen bestärkt werden, kann mehrdimensionale Kommunikation informativ, überraschend und innovativ sein. Zum einen nämlich fördern Kriterien der Sachkommunikation wie Informationsgehalt und Neuheit solche Kommunikationsentwicklungen. Zum anderen wird die Beziehungskommunikation durch Kommunikation in anderen Dimensionen relativiert, was ihre eigene Änderung erleichtert.

Mehrdimensionale Kommunikationsformen sind nicht auf reine Kombinationen zwischen Beziehungs- und Sachkommunikation etc. beschränkt. Mehrdimensionale Kommunikationselemente sind vielmehr auch in Kommunikationsformen enthalten, in denen sich Ansätze ein- und mehrdimensionaler Kommunikation mischen oder in Spannung zueinander stehen. Hierzu gehören beispielsweise:

- Exegese: Die Auslegung eines autoritativen Textes. Diese kann sachkommunikative Interpretationen und Reflexionen enthalten, hat aber im Rahmen der autoritativ gesetzten Orientierungspunkte zu bleiben und diese letztlich zu bestätigen, insofern eindimensionalen Charakter. Wird der gegebene Interpretationsspielraum allerdings dazu genutzt, beziehungskommunikative Markierungen zu verschieben, kann sich mehrdimensionale Kommunikation ergeben.
- Höflichkeit: Regelhaft ausdifferenzierte und praktizierte Formen von Beziehungskommunikation. In übertriebener Höflichkeit kann sich Unsicherheit und besondere Autoritätsfixierung, aber auch Ironie und damit ein latente Ablehnung gegebener Anforderungen von Beziehungskommunikation ausdrücken.
- Humor: Spielerische Relativierung der eigenen Wichtigkeit (Beziehungskommunikation / reflexive Kommunikation)
- Ironie: Äußerung, die das Gegenteil des Gesagten meint, mit scheinbarer Ernsthaftigkeit den gegnerischen Standpunkt ins Widersprüchliche zieht, eher kritisch und nicht um Zustimmung bemüht. Ironie wird oft durch Mimik, Gesten oder Betonung (analoge Kommunikationsmittel) zusätzlich unterstrichen und so als solche kenntlich gemacht. In der Selbstironie spiegelt sich eine kritische, spielerische Haltung gegenüber dem eigenen Standpunkt wider.
- Parodie: Eine Aussage zur Sache oder zur Person/Beziehung wird in einem fremden Darstellungszusammenhang profanisiert oder decouvriert, damit relativiert, häufig auch ironisiert.
- Reflektierte Kommunikationsstrategien innerhalb einer Kommunikationsdimension, darunter Selbstdarstellung und Rhetorik,
- Reflektiert-strategische Kommunikationsformen, die eingesetzt werden, um eindimensionale oder mehrdimensionale Kommunikationsformen zu bilden, zu stabilisieren oder zu beenden.

Rationale Akteure wählen, beeinflusst von ihrem bisherigen Kommunikationsstil, Kommunikationsformen möglichst situationsgerecht, das heißt ihren Verständigungsinteressen entsprechend. Dabei tendieren sie in Situationen mit hohem Handlungsdruck und relativ knappen Handlungsressourcen zu einfachen, direkten, eindimensionalen Kommunikationsformen, während sie in Situationen ohne großen Handlungsdruck respektive bei relativ großen Handlungskapazitäten zu komplexeren, differenzierteren, mehrdimensionalen Kommunikationsformen neigen. Entsprechend sind in relativ kapazitätsarmen Gesellschaften/Kulturen relativ einfache, überwiegend eindimensionale Kommunikationsformen typisch, während in relativ kapazitätsstarken Kulturen relativ komplex-mehrdimensional kommuniziert wird. Grundlegende Anforderungen von Beziehungskommunikation machen sich allerdings in allen Kulturen und Gesellschaften geltend.

4. Mehrdimensionale Kommunikation als Demokratiebedingung

Wie im Obertitel zu diesem Papier ausgedrückt, stellt mehrdimensionale Kommunikation meines Erachtens eine eigenständige Demokratiebedingung dar. Den Bedingungs-begriff verwende ich dabei nicht im Sinne eines ausschließlich unabhängigen Variablenkomplexes. Bestimmte Kommunikationsformen sind vielmehr Bedingung der Möglichkeit von Demokratisierung und der Erhaltung von Demokratie, können aber auch ihrerseits durch demokratische Normen, Willensbildungsformen etc. beeinflusst werden. Vitale Demokratie korrespondiert aber, dies ist eine harte Aussage, mit mehrdimensionaler Kommunikation.

Ausgangspunkt für diese These sind Feststellungen, die in Kenntnis des liberalen, partizipativen und deliberativen Demokratiediskurses nicht überraschen:

- Nur wenn autonomistische Beziehungsinterpretationen und (lediglich selbstbezogene) Kommunikationsformen aufgegeben werden, sind kollektive Willensbildungsprozesse und dabei auch Demokratie möglich.
- Nur wenn eindimensional-herrschaftliche Beziehungsinterpretationen und Kommunikationsformen, beispielsweise seitens des Militärs, ökonomischer Machthaber, charismatischer Machthaber, religiöser Gruppen oder sonstiger gesellschaftlicher Gruppen, aufgegeben werden, sind plurale und inklusive Willensbildungsformen und damit Demokratie möglich.
- Nur wenn, bei ausreichend gemeinschaftlichen Interaktionsorientierungen, sachlich und reflexiv kommuniziert wird, kann Gesellschaft so produktiv werden, dass sie inklusive und liberale Herrschaftsformen zu tragen in der Lage ist.
- Nur bei ausreichend intensiver Reflexion und forciertem Lernen können Demokratien konkurrenzfähig bleiben.

Soweit lässt sich demokratietytische Kommunikation allerdings auch einigermaßen aus den bisher bekannten partizipativen, liberalen und deliberativen Demokratieverständnissen rekonstruieren. Was ist dann der spezielle Erkenntnisgewinn des Ansatzes ein- und mehrdimensionaler Kommunikation für die Analyse von Demokratien respektive Zivilgesellschaften?

Ausgangspunkt zur Beantwortung dieser Frage sind die Defizite und Schwächen reiner Sachkommunikation, reflexiver Kommunikation und ästhetischer Kommunikation in Bezug auf demokratische Willensbildungsprozesse: Demokratie kann nicht allein durch Deliberation reproduziert werden. Hierzu sind vielmehr auch Inklusions- und Partizipationsbedingungen unterhalb der Deliberationsschwelle im Sinne einer grundsätzlich aktivierbaren Machtkontrolle notwendig. Hierzu gehören vor allem Wahlen, Gewaltenteilung und gesicherte Freiheits- und Schutzrechte gegenüber allen denkbaren, darunter auch technokratischen oder bildungsbürgerlichen, Autokratieoptionen. Wie aber wird in Wahlen respektive Wahlkämpfen und in rechtsstaatlichen Beziehungen kommuniziert?

Wahlen nimmt der/die einzelne Wähler(in) nur marginal als Sphäre der Sachkommunikation, vorwiegend dagegen als Sphäre der Beziehungskommunikation wahr. Denn zur Wahl stehen nicht Sachfragen, sondern a) Parteiprogramme und konkrete Wahlaussagen, die der/die einzelne mit seinen eigenen Wertvorstellungen und Interessen positiv oder negativ assoziiert, b) Parteien und Personen, zu denen der Wähler eine bestimmte Einstellung hat oder entwickelt. Verstärkt wird die Dominanz der Beziehungskommunikation im Wahlkampf dadurch, dass die Parteien respektive Parteirepräsentanten die Wähler quasi persönlich für sich zu gewinnen suchen, und dementsprechend quasipersonliche Kommunikationsformen, sprich Werbeformen, dominieren.

Dieser Übergang von der Sachkommunikation zur Beziehungskommunikation mag unter Deliberationsgesichtspunkten als nachteilig erscheinen – die vorhandene Sachkomplexität wird ja, oft mit rigiden Mitteln, reduziert, notwendige sachliche Differenzierungen verschüttet und mögliche Wege gemeinsamen kommunikativen Lernens werden möglicherweise versperrt (wie besonders anschaulich im letzten Bundestagswahlkampf zu sehen). Genau dieser Übergang ermöglicht aber den meisten Wählern erst, sich in der gegebenen Komplexität zu orientieren. Konsequenter betrachtet, stellt sich sogar jede Form der Entscheidungskommunikation als Entwicklung von offener Sachkommunikation zu entscheidungsoperativer Beziehungskommunikation dar, bei der der einzelne auch seine persönliche Position konsequenzenreich berücksichtigt. Ähnliches wie für die Wahl- und

Wahlkampfkommunikation gilt für die Rechtsstaatsproblematik: Auch diese stellt sich für den einzelnen nur bei großer Unverbindlichkeit als reine Sachfrage dar. Sowie er/sie persönlich betroffen ist, wandelt sich die Kommunikation schlagartig in unmittelbare Formen der Beziehungskommunikation zu denjenigen, die den Staat oder anderen Akteurkomplexen repräsentieren. Rechte nimmt dann der/die einzelne persönlich wahr und kommuniziert diese auch in einem persönlichen Beziehungssinne gegenüber anderen, mehr oder weniger anonymen Akteuren.

Zusammengefasst ergibt sich also: Der deliberationstheoretische Jubel über kommunikatives Handeln, Sachkommunikation und Reflexion verhallt im Leeren, solange nicht gesichert werden kann, dass Sachkommunikation in inklusive, überwiegende Teile der Bevölkerung einschließende, Formen von Beziehungskommunikation überführt werden kann. Demokratieförderlich ist also nicht allein Sachkommunikation oder reflexive Kommunikation, sondern immer nur ausgeprägt mehrdimensionale Kommunikation, in der Sachkommunikation in gelungene Beziehungskommunikation überführt wird.

Dass dieser Punkt konsequenzenreich ist, zeigt sich anhand der seit Jahrzehnten umstrittenen Problematik symbolischer Politik: Symbolisches Handeln wird seit Murray Edelmans Buch *Symbolic Action* (1965) in einem breiten Strom von Literatur und praxisnahen Analysen mit sachrationalem Anspruch als manipulatives Herrschaftshandeln oder aber als Form von Schein- und Nichthandeln der Zuständigen angesichts dringenden sachlichen Handlungsbedarfs diskutiert. Symbole, das heißt Zeichen, die über ihren unmittelbaren Bezeichnungsbereich hinaus Aussagekraft erlangen, erscheinen in dieser Denktradition als negativ denotierte oder konnotierte Verdichtungssymbole, die notwendiges sachliches Handeln behindern oder sogar verhindern (Hansjürgens/Lübbe-Wolff 2000). „Rationale“, steuerungsfähige Demokratie bedarf demnach der, üblicherweise durch Expertenwissen gestützten, Deliberation (Sachkommunikation und Reflexion) und nicht symbolischer Handlungsformen respektive politischer oder sozialer Beziehungskommunikation. Gut assoziieren lässt sich hier Rawls Moralkonzeption des *Veil of Ignorance* gegenüber konkreten Beziehungsinteressen Beteiligter: Nur in der Dimension der reinen Sachkommunikation können demnach Lösungen deliberiert werden, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

Dieser Sicht stelle ich hier die Auffassung gegenüber, dass vitale Demokratie auch und gerade gelungener Formen persönlicher oder quasipersönlicher Beziehungskommunikation bedarf, die die jeweiligen Eigeninteressen der Beteiligten einbeziehen. Solche Beziehungskommunikation kommt aber in der Hauptsache in relativ einfachen, analogen Formen zustande. Und hochgradig verdichtende, einfach erfassbare Symbole eignen sich besser als irgend ein anderes Kommunikationsmittel dazu, solche Beziehungskommunikation im öffentlichen Raum zu generieren! Gerade durch Symbole oder relativ einfach sichtbare, verdichtende Kommunikationsformen können komplexe Sachzusammenhänge in Beziehungskommunikation transferiert werden. Der negativen Konnotation von Symbolen im Rahmen der bisher herrschenden deliberativen Denktradition stelle ich also eine überwiegend positive Einstellung zu politischen Symbolen, darunter Formen symbolischen Handelns, entgegen (Prittwitz 2000, dazu in diesem Band auch Kirsch; Bonus).

Mit dem Postulat mehrdimensionaler Kommunikation als Demokratiebedingung ist also mehr gemeint als in den herkömmlichen liberalen, partizipativen und deliberativen Demokratiediskursen ausgedrückt: Demokratie braucht vielmehr Kommunikationsformen, in denen es gelingt, eindimensionale Kommunikationsformen aufzubrechen und für Sachkommunikation und Reflexion zu öffnen, relativ abstrakte Formen der Sachkommunikation, Reflexion, Ästhetik etc. in handhabbare, empfindbare Formen von Beziehungskommunikation zu überführen.

Nicht eindimensionale Kommunikation kann Demokratie begründen und erhalten, etwa autistische Antikommunikation, autoritätsfixierte Kommunikation oder Freund-Feind-Kommunikation. Nicht allein abstrakt-emotionslose Reflexion oder Sachkommunikation kann dies, sondern gelungene mehrdimensionale Kommunikation, in der Sach- und Beziehungskommunikation zusammengeführt werden.

5. Schlussfolgerungen

Die eben entwickelte Grundüberlegung halte ich für eine anregende Analyseperspektive interpersonaler, halböffentlicher und öffentlicher Kommunikation in den politischen Systemen der OECD-Länder. Hier könnten gelungene oder nicht gelungene Wechselprozesse zwischen politisch relevanter Sachkommunikation (Reflexion, Ästhetik) einerseits und Beziehungskommunikation andererseits systematisch untersucht und verglichen werden. Beispielhafte Untersuchungsfelder in diesem Sinne wären:

- Gelungene oder nicht gelungene Formen der Wahlkampfkommunikation,
- Wechselbeziehungen zwischen journalistischen (Beispiel Diskussionssendungen, politische Magazine), politisch-kulturellen (Beispiel Kabarets) und politisch-prozessualen Kommunikationsereignissen und Kommunikationsformen,
- Vermittlungsformen zwischen interpersonalen, halböffentlichen und öffentlichen Kommunikationsformen nach Wechselbeziehungen zwischen Sachkommunikation, Reflexion und Beziehungskommunikation,
- Analyse innerakademischer Kommunikationsformen und ihres Transports in die Öffentlichkeit,
- Analyse diverser Kommunikationsstrategien politischer Akteure, bis zu Versuchen dekonstruktivistischer (Anti-?)Kommunikation.
- Möglicherweise noch anregender erscheint mir der Ansatz ein- und mehrdimensionaler Kommunikation aber im interkulturellen Kulturvergleich und mit Bezug auf Kommunikationsansätze in der interkulturellen Gemengelage. Beispielfelder hierfür wären:
- Formen und Probleme migrantenbezogener Kommunikation,
- Kommunikationsansätze und -probleme mit anderen marginalisierten oder sich selbst marginalisierenden Gruppen (*Autonome*, Rechtsextreme),
- Kommunikationsmöglichkeiten mit islamischen/islamistischen Gruppen,
- Ansätze globaler Zivilreligion (als besonders intensive, symbolisch aufgeladene Verbindungsformen von Beziehungs- und Sachkommunikation).

Autor:

Prof. Dr. Volker von Prittwitz
 Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft,
 Freie Universität Berlin
 Ihnestr. 26, 14195 Berlin
 Email: vvp@zedat.fu-berlin.de,
 Homepage: www.volkervonprittwitz.de